

Kommentierte Bürgerinformation

Original-Stellungnahme des Gemeinderates Dörpen in kleiner Schrift (10 Punkt), Kommentare von Jan Deters-Meissner in großer Schrift (14 Punkt)

Stellungnahme zu den Planungen für den Bau eines Steinkohlekraftwerkes

In den vergangenen Wochen ist in Presseartikeln, Leserbriefen, Flugblättern etc. sehr viel über die Planungen, in der Gemeinde Dörpen ein Steinkohlekraftwerk zu errichten, berichtet und geschrieben worden.

Als Vertreter der Gemeinde haben wir bewusst auf eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gesetzt und die Bürgerversammlung nach Einreichung der Scoping-Unterlagen durchgeführt. Die Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgt normalerweise erst nach Antragstellung durch den Investor. In unserem Fall wäre die Beteiligung dann erst im Jahr 2008 erfolgt. Uns ist jedoch wichtig, dass das Vorhaben bereits von Anfang an transparent wird. Daher ist das Projekt heute schon Anlass zur Diskussion geworden, obwohl die Untersuchungen zur Antragstellung noch laufen und eine konkrete Antragstellung erst noch erfolgen muss. Das erklärt, dass noch nicht alle Fragen vom Antragsteller beantwortet werden können, ermöglicht jedoch heute schon eine sachliche, kritische und konstruktive Diskussion über die Auswirkungen und die Bedeutung des Projektes für die Region.

Die Vertreter der Gemeinde Dörpen begrüßen die kritische Auseinandersetzung mit dem für unsere gesamte Region sehr bedeutsamen Thema ganz ausdrücklich. Da sich sehr viele kritische Äußerungen direkt an die Gemeinde Dörpen richten, halten wir es für geboten, auf diesem Wege ausführlich Stellung zu nehmen.

Wir wollen mit dieser vom Rat beschlossenen Darstellung zu einer ausgewogenen Diskussion beitragen.

Bürgermeister Wacker, Gemeindedirektor Hansen

Kommentar:

Es zeugt schon von einem verkümmerten Verständnis von Bürgerbeteiligung, wenn darauf verwiesen wird, dass "normalerweise" eine Öffentlichkeitsbeteiligung erst 2008 nach Antragstellung erfolgt wäre. Es handelt sich hier um eine gesetzliche Mindestvorgabe. Für Kommunalpolitiker sollte es aber eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Bürger bei solchen weit reichenden Entscheidungen von Anfang an informiert werden. Tatsächlich wurden die Bürger, auch nachdem das Projekt schon bekannt geworden war, über die Identität der Investoren im Unklaren gelassen. Der Gang in die Öffentlichkeit erfolgte erst, als Proteste gegen das öffentlichkeitsscheue Vorgehen geäußert wurde. Der Bau eines Kohlekraftwerkes hat im Übrigen nicht nur Bedeutung für unsere Region, sondern ist wegen der Klimaschädlichkeit der Anlagen sogar von globaler Bedeutung und damit sicher kein Thema für Hinterzimmerpolitik oder Kamingespräche mit Industrievertretern.

Bedenken: Die politischen Gremien der Gemeinde haben den Investoren blauäugig einen Freifahrtschein für eine Durchführung des Projektes ausgestellt.

Der Gemeinderat hat die bisher einstimmig gefassten Beschlüsse immer nur so weit gefasst, wie dies nach dem jeweiligen Informationsstand möglich war. An die Adresse der Investoren wurden immer ganz klare Bedingungen für eine Unterstützung des Projektes formuliert. Seit Aufnahme der ersten Gespräche mit den Investoren ist uns klar, dass das Kraftwerk nur dann gebaut werden kann, wenn eine Gefährdung der Gesundheit und eine Beeinträchtigung der Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger sowie eine spürbare Belastung der Umwelt ausgeschlossen werden können. Deshalb wurde sehr deutlich gemacht, dass die bloße Einhaltung der Grenzwerte für Immissionen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz für uns nicht ausreichend ist. Wir erwarten eine deutliche Unterschreitung der Grenzwerte, wie sie nach dem neuesten Stand der Technik erzielbar ist.

Der Investor hat daher die entsprechenden Voruntersuchungen noch vor dem Scoping-Termin durch renommierte unabhängige Gutachter erstellen lassen. Diese Gutachten lassen erwarten, dass eine Gefährdung der Gesundheit und eine Beeinträchtigung der Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger sowie eine spürbare Belastung der Umwelt ausgeschlossen werden können. Hinsichtlich aller bisher untersuchten Umwelteinwirkungen werden nach

den Voruntersuchungen die gesetzlichen Grenzwerte deutlich unterschritten. Sollte sich jedoch im Verlauf der umfangreichen im Genehmigungsverfahren durchzuführenden Untersuchungen herausstellen, dass bedenkliche Umweltwirkungen zu erwarten sind, werden wir dem Projekt selbstverständlich unsere Unterstützung entziehen. Schließlich sind auch wir Dörpener Bürger und wollen mit unseren Familien ohne Sorge um unsere Gesundheit weiter hier leben können.

Da es im Moment für erhebliche Umweltwirkungen aber keine Anhaltspunkte gibt, stehen wir dem Vorhaben offen gegenüber. Die Chancen, die dieses Projekt für unsere Region hinsichtlich Stärkung der Wirtschaftskraft und Schaffung von Arbeitsplätzen bietet, sind viel zu groß, dass wir diese vorzeitig und leichtfertig anderen Regionen überlassen können. Nicht nur der Betrieb des Kraftwerkes selbst wird neue Arbeitsplätze schaffen. Schon die Bauphase wird mit einem Investitionsvolumen von 1 Mrd. € enorme Impulse für die heimische Wirtschaft liefern. Außerdem besteht die große Chance, dass ein Sog von Folgeansiedlungen weiterer Unternehmen ausgelöst wird. Vor diesem Hintergrund wäre es geradezu verantwortungslos, die Investoren einfach nach Hause zu schicken, ohne wenigstens die Ergebnisse aus den beizubringenden Gutachten abzuwarten. Die Investoren sind nicht nach Dörpen gekommen, weil man dort mit den „blauäugigen“ Emsländern leichtes Spiel hat, sondern weil es hier die passende Infrastruktur gibt. So selbstbewusst sollten wir sein. Unsere Vorgänger in Amt und Mandat haben in Dörpen schon vor vielen Jahren die Weichen für eine Entwicklung als Industriestandort gestellt. Es wurde über lange Zeit viel Geld in die Hand genommen, um die jetzt vorhandene hervorragende Infrastruktur aufzubauen. Wir haben jetzt eine große Chance, die Früchte dieser vorausschauenden Entscheidungen zu ernten. Nur durch erfolgreiche Industrieansiedlungen konnte Dörpen sich so gut entwickeln. Davon hat im Übrigen nicht nur Dörpen, sondern das ganze nördliche Emsland profitiert. Wenn wir uns weiter so entwickeln wollen, müssen wir weiter um Industrieansiedlungen bemüht sein und potentiellen Investoren wenigstens eine faire Chance geben. Wir sind uns der Verantwortung, unseren Kindern eine lebenswerte Umwelt zu erhalten bewusst. Gleichzeitig haben wir aber auch die Verpflichtung, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass unsere Kinder hier in Dörpen ein wirtschaftliches Auskommen haben. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn unsere gut ausgebildeten jungen Bürgerinnen und Bürger hier wegziehen, weil es keine qualitativ hochwertigen Arbeitsplätze gibt.

Kommentar:

Die Investoren haben auf der öffentlichen Bürgerversammlung selbst geäußert, dass ein wichtiges Auswahlkriterium für Dörpen die "Unterstützung" der hiesigen Politiker gewesen sei. Ein anderer in Aussicht genommener Standort in Bremerhaven wurde mittlerweile vollkommen aufgegeben, weil die Bremer Landesregierung ihrer Verantwortung für den Klimaschutz gerecht werden will und eine Realisierungschance dort nicht besteht.

Auch wenn eine angebliche Ergebnisoffenheit beschworen wird, wird in der obigen Antwort des Rates schon jetzt die Erwartung ausgesprochen, dass eine Gefährdung der Gesundheit und eine Beeinträchtigung der Lebensqualität, sowie eine spürbare Belastung der Umwelt ausgeschlossen werden könne. Hierbei wird bewusst nur über die Emissionen vor Ort und über die gesetzlichen Grenzwerte gesprochen. Dass diese voraussichtlich planerisch eingehalten werden, ist sicher. Ob diese Grenzwerte ausreichend sind und welche Bedeutung der CO₂-Ausstoß für unser Klima hat, wird bewusst aus der Betrachtung ausgeklammert.

Selbstverständlich darf auch der altbekannte Versuch, diesen Standort gegen mögliche andere auszuspielen, nicht fehlen. Landrat Bröring hat auf der Bürgerversammlung dieses Argument ebenfalls gebracht, als er sinngemäß äußerte "Mir ist ein Kraftwerk in Dörpen lieber, als dass andere es bauen und wir die Lasten tragen müssen". Dabei ist sicher, dass andere Standorte für dieses Konsortium gar nicht in Frage kommen. Wie sagte der Investorenvertreter: "Es gibt derzeit einen Run auf Standorte." Mit anderen Worten: Es werden händeringend Standorte gesucht. Niemand will diese Klimakiller gern haben – nur die blauäugigen Dörpener Kommunalpolitiker.

Die Dörpener Infrastruktur ist gut – sicher! Umso unverständlicher die Torschlusspanik. Drei bis vier mittelständische Betriebe in Dörpen hätten den gleichen direkten Arbeitsplatzeffekt. Zur Anwerbung solcher Betriebe wäre die Energie der Dörpener Verwaltung besser eingesetzt.

Abgesehen davon, dass die erzeugte Energie hier nicht verwertet werden kann: Die Entwicklung alternativer Energiekonzepte gerade auch durch die Kommunen, z. B. die Planung von Kraft-Wärmekopplungsanlagen bei der Planung neuer Baugebiete, würden die mittelständischen Betriebe vor Ort stärken und dort entsprechende Arbeitsplätze schaffen. Und ob der Tourismus auf Dauer in einem Umfeld von Emissionen aus Großmastanlagen und dem Kohlekraftwerk wie geplant gedeiht, erscheint unwahrscheinlich. Vielleicht kann die Zucht exotischer Fische im erwärmten Wasser des Küstenkanals da noch etwas retten.

Bedenken: Steinkohlekraftwerke sind Dreckschleudern mit Technik aus längst vergangener Zeit

Zutreffender Weise besteht die Technik, durch Verbrennung fossiler Stoffe wie Steinkohle Strom zu erzeugen, seit Erfindung der Elektrizität. Die Technik wurde aber, wie in vielen anderen Bereichen auch, natürlich immer weiter ausgefeilt. So werden heute noch fortlaufend große technische Verbesserungen hinsichtlich Ausnutzung des Brennstoffes und Vermeidung bzw. Abscheidung von Schadstoffen erzielt. Wir würden ein modernes Auto von heute schließlich wohl auch kaum als veraltete Technik abqualifizieren, nur weil das Auto schon vor hundert Jahren erfunden wurde. Steinkohlekraftwerke von heute sind auch nicht mehr zu vergleichen mit denen, die viele noch aus ihrer Vorstellung von vor 30 Jahren aus dem Ruhrgebiet kennen.

Ein Steinkohlekraftwerk ist wie übrigens jedes andere Kraftwerk auch, nach den gesetzlichen Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) zu genehmigen. Die in diesem Gesetzeswerk festgelegten Grenzwerte für Schadstoffausstoß gehören zu den strengsten auf der ganzen Welt. Diese Grenzwerte orientieren sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Gefährdung der Gesundheit von Menschen sowie Flora und Fauna durch alle möglichen Schadstoffe. Wir fordern aber, dass die Grenzwerte sogar deutlich unterschritten werden. Wie bereits erwähnt, lassen die ersten Voruntersuchungen dies auch erwarten. Alle untersuchten Schadstoffemissionen wie Staub, Stickoxide, Schwefeloxide und Quecksilber liegen deutlich unter den Grenzwerten. Fast alle Werte liegen an allen untersuchten Punkten sogar unter der so genannten „Irrelevanzschwelle“. Die Irrelevanzschwelle ist ein Wert, der um mindestens 95% unter dem zulässigen Grenzwert liegt. Wenn die Irrelevanzschwelle unterschritten ist, sind weitere Untersuchungen unter Einbeziehung der vorhandenen Vorbelastungen nicht mehr erforderlich. Es wird davon ausgegangen, dass die Zusatzbelastung so gering ist, dass selbst bei hoher Vorbelastung durch den Schadstoff keine nennenswerten Umweltbelastung zu erwarten ist.

Für Staub und Quecksilber ist die Irrelevanzschwelle an einigen Untersuchungspunkten, die alle nur wenige hundert Meter vom Standort entfernt liegen, geringfügig überschritten. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Belastung mit diesen Schadstoffen sofort „bedenklich“ ist. Die Grenzwerte sind auch an diesen Punkten immer noch deutlich unterschritten. Es ist an diesen Punkten lediglich in weiteren Untersuchungen festzustellen, ob unter Einbeziehung der Vorbelastung eine Umweltgefährdung möglich ist.

Kommentar:

Hier wird den Kritikern unterstellt, sie äußerten sich aufgrund einer simplifizierenden allgemeinen Technikfeindlichkeit und -angst. Und wieder wird nur über die im Gesetzeswerk festgelegten Grenzwerte für Schadstoffausstoß gesprochen. Natürlich hat es gewaltige Fortschritte gegeben, die immer gegen die Industrie durchgesetzt werden mussten, die immer schon auf die Einhaltung der jeweiligen Vorschriften verwiesen hat.

Die Laufzeit des geplanten Kohlekraftwerkes bedingt aber, dass die ausgestoßenen Schadstoffe sich über die Jahrzehnte anreichern werden und Dauerbelastungen entstehen. Der Ausstoß von z. B. Quecksilber mag geringer sein als bei den Kraftwerken, "die viele noch aus ihrer Vorstellung von vor 30 Jahren aus dem

Ruhrgebiet kennen". Aber es wird dennoch ausgestoßen und zersetzt sich nicht, sondern reichert sich an und bildet eine Gefahr, die nicht wegdiskutiert werden kann.

Beim Transport der abgefilterten Schadstoffe können und werden Unfälle passieren; eine Anlage arbeitet nie fehlerfrei und die dann fällige Presserklärung kennen wir jetzt schon wörtlich: "Eine Gefährdung der Bevölkerung bestand zu keinem Zeitpunkt".

Auf den wichtigsten Kritikpunkt, den Ausstoß des klimaschädlichen Gases CO₂, geht der Gemeinderat nicht ein. Während weltweit Regierungskonferenzen und UN-Organisationen über die notwendige Reduzierung dieses Gases sprechen, um z. B. zu verhindern, dass das Emsland wegen der Erhöhung des Meeresspiegels im Meer versinkt, ist der Mehrheit des Gemeinderates dieses Problem in diesem Zusammenhang keiner Erwähnung wert.

Bedenken: Das geplante Steinkohlekraftwerk ist ein schlimmer „Klimakiller“

Nicht zu bestreiten ist, dass mit fossilen Brennstoffen betriebene Kraftwerke, zu denen die Kohlekraftwerke zu zählen sind, bei der Stromerzeugung in nicht unerheblichem Umfang CO₂ freisetzen. Derzeit wird in Deutschland 47% des Stroms durch Kohle erzeugt. Einen Anteil von 26% hält die Atomenergie. Da die Bundesregierung den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen hat, müssten also 73% des Stroms auf alternative Weise erzeugt werden, wenn man neben Atomstrom auch noch auf Kohlekraftwerke vollständig verzichten wollte. Realistisch betrachtet muss also klar sein, dass dies mit regenerativen Energien nicht möglich sein wird.

Selbst wenn die Kapazitäten für die Erzeugung von Strom aus regenerativen Energien optimistischsten Prognosen folgend sehr stark ausgebaut werden sollten, bliebe immer noch das Problem der nicht gleichmäßigen und kaum regelbaren Verfügbarkeit des Stroms. Wenn zu bestimmten Tageszeiten und an bestimmten Wochentagen besonders viel Strom gebraucht wird, lassen sich Wind und Sonne wohl nur schwer überzeugen, für die Zeit mal eben kräftiger zu blasen bzw. zu strahlen. Daher muss unsere Stromversorgung durch jederzeit verfügbare Kraftwerke gesichert sein. Deswegen hat sich die Bundesregierung ganz klar dazu bekannt, dass Kohle im deutschen Energiemix weiterhin eine große Rolle spielen muss. Nicht einmal von führenden Politikern der Grünen wird bestritten, dass ein völliger Verzicht auf Kohle unmöglich ist, wenn wir nicht im Dunkeln sitzen wollen.

Wenn wir also auf Kohle nicht verzichten können, kann die Devise nur lauten, alte ineffiziente Kraftwerke durch neue Kraftwerke mit höherem Wirkungsgrad zu ersetzen. Genau diesem Ziel wird auch das Vorhaben in Dörpen gerecht. Das geplante Kraftwerk hätte einen elektrischen Wirkungsgrad von 46%. Wenn dadurch ein Kraftwerk mit einem Wirkungsgrad von 30% ersetzt wird, spart dies über 50% CO₂ je erzeugter Kilowattstunde Strom ein. Zudem besteht hier in Dörpen die Absicht, durch Versorgung der benachbarten Papierfabrik mit Dampf die Ausnutzung des Brennstoffes nochmals deutlich zu erhöhen. Diese Möglichkeit zur Realisierung einer Kraft-Wärme-Kopplung macht das Projekt in Dörpen zu etwas Besonderem. Kaum ein in Betrieb befindliches Kohlekraftwerk wird in Kraft-Wärme-Kopplung betrieben.

Auch von den vielen in Planung befindlichen Kraftwerken hat keines einen solchen potentiellen Großabnehmer für Wärme in unmittelbarer Nähe. Würde eine Kraft-Wärme-Kopplung zwischen Kraftwerk und Papierfabrik realisiert, könnte das Werk in Dörpen eine der klimafreundlichsten Kohleanlagen in ganz Deutschland werden. Die Gemeinde Dörpen unternimmt alle Anstrengungen, damit die Kraft-Wärme-Kopplung realisiert werden kann.

Zudem treffen die Investoren schon jetzt die technischen Vorkehrungen, um eine Abscheidung von CO₂ später nachrüsten zu können. Diese Technik ist zwar zurzeit nicht großindustriell verfügbar und führt derzeit noch zu erheblichen Effizienzverlusten. Auch ist die Frage, wo und wie das abgeschiedene CO₂ langfristig sicher eingelagert werden kann, noch weitgehend ungeklärt. Es wird an diesem Thema jedoch mit Nachdruck geforscht. Sehr viel versprechende Ansätze sind vorhanden. Es bestehen gute Aussichten, dass diese Technik in einigen Jahren einsatzfähig und dann auch wirtschaftlich sinnvoll zu betreiben ist.

Kommentar:

Das CO₂-Problem ist für den Rat nur interessant, um es zu bagatellisieren und um es mit dem Uralt-Argument, dass ohne Kohlekraft die Lichter ausgehen, für dieses Projekt zu verwenden.

Der Gemeinderat geht in seiner Argumentation von einem gleich bleibenden Energieverbrauch aus. Die Bundesregierung setzt in ihrer zukünftigen Energieversorgung aber auf eine Senkung des Verbrauchs. Das ist auch möglich, wenn Strom, Wärme und Kraftstoffe intelligenter genutzt werden, z. B. durch Kraft-Wärmekopplung. Bei Halbierung des Verbrauchs können erneuerbare Energien, also Wind, Wasser, Sonne, Biomasse und Erdwärme, den Energiebedarf nahezu vollständig decken. Laut Berechnungen der Bundesregierung entsprechen die Potentiale erneuerbarer Energien der Hälfte des Gesamtenergieverbrauches 2005. Dass dies nicht von heute auf morgen möglich ist, ist klar. Es bedarf eines sofortigen Einstieges in den Ausbau erneuerbarer Energien und der Senkung des Energieverbrauches durch bessere Gebäudedämmung oder durch eine andere Energieverwertung beim Transport. Der Ausbau der nicht gewünschten alten Kraftwerkstechnik ist sicher kein Weg, dieses Ziel zu erreichen.

Wind und Sonne müssen nicht überzeugt werden, im Interesse der Stromerzeugung tätig zu werden. Der Fortschritt in der Wettervorhersage in Verbindung mit schnellstartfähigen Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerken lassen eine sichere Energieversorgung durchaus zu.

Im Übrigen handelt es sich bei Kohlekraftwerken sehr wohl um eine veraltete Technik. Greenpeace fordert, wenn denn Kraftwerksbau nötig sei, wegen der geringen Effizienz von Kohlegroßkraftwerken den ausschließlichen Bau von Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerke, deren Gesamt-Wirkungsgrad bis zu 58,4 % erreichen kann.

Die Verbindung von Stromerzeugung mit der Nutzung der erzeugten Wärme, die Kraft-Wärme-Kopplung, muss eine Forderung an jede neue Stromerzeugungs-Anlage sein. Hier von einer günstigen Ausnahmesituation wegen der möglichen Abnahme von Wärme durch Nordland zu sprechen, ist Augenwischerei. Die erzeugte Abwärme kann durch Nordland in dieser Größenordnung und Qualität gar nicht genutzt werden. Ein Großkraftwerk aufs flache Land ohne Abnehmer für die Wärme zu setzen ist unverantwortlich. Kraft-Wärme-Kopplungseinheiten müssen dort, wo der Bedarf vorhanden ist, in passender Größe entstehen. Nur so ist die Abwärme wirklich nutzbar. Dass andere geplante Kohlekraftwerke ebenfalls keine KWK vorsehen, spricht nur für die Skrupellosigkeit der Stromkonzerne.

Die CO₂-Abscheidung ist eine in den Entwicklungsanfängen steckende Option, von der aber jetzt schon fest steht, dass sie die Energieeffizienz deutlich senkt. Wegen der Endlichkeit möglicher Lagerstätten kann sie auch nur eine Übergangstechnik sein und wegen der Gefahren, die von den Lagerstätten ausgehen können, erzeugt sie Ewigkeitskosten, die ein unkalkulierbar großes finanzielles Risiko für die öffentliche Hand bedeuten.

Bedenken: Ob eine Kooperation mit UPM-Nordland-Papier zu Stande kommt, ist völlig ungewiss, da noch keine Verträge unterzeichnet sind.

In der Tat steht noch nicht fest, ob eine Kooperation zu Stande kommt. Diese Tatsache muss aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht beunruhigen. Die Zeit seit der Festlegung, wirklich in Dörpen investieren zu wollen, war viel zu kurz, als dass man schon Vertragsabschlüsse erwarten könnte.

Es gibt unterschiedlichste Optionen für eine Zusammenarbeit, die alle erst einmal sorgfältig ausgelotet werden müssen. Die beteiligten Firmen stehen aber in intensiven Verhandlungen.

Wir sind zuversichtlich, dass es zu einer Kooperation kommen wird. Die mit der Kraft-Wärme-Kopplung entstehenden Vorteile für das Projekt sind Anlass für den Investor, mit höchster Anstrengung eine Zusammenarbeit mit UPM-Nordland zu verhandeln. Schließlich entstünde durch die Auskopplung der Wärme eindeutig ein Mehrwert, den beide unter sich aufteilen können. Auch durch die Versorgung der Papierfabrik mit Strom ließe sich ein verteilter Mehrwert erzielen. Es handelt sich hier also um eine klassische „Win-Win-Situation“, die für beide ausreichenden Anreiz zur Einigung bieten sollte.

Außerdem hat die Gemeinde Dörpen den Investoren sehr deutlich gemacht, dass auf eine Kooperation mit UPM-Nordland gesteigerter Wert gelegt wird, ohne dass dies allerdings zu einer absoluten Bedingung gemacht wurde. Neben dem Umweltaspekt versprechen wir uns von einer solchen Zusammenarbeit auch eine deutliche Stärkung des Standortes für die Papierfabrik und damit eine langfristige Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze.

Kommentar:

Es handelt sich bei der skizzierten möglichen Zusammenarbeit um eine klassische „Win-Win-Situation“ für die beteiligten Konzerne, aber nicht für die Umwelt. Die Investoren brauchen eine Alibi-Kraftwärme-Kopplung, um ihre Pläne durchziehen zu können und Nordland, könnte sich bereit erklären, als Alibiabnehmer einen Teil der Wärme kostenlos abzunehmen. Das wäre in Ordnung, wenn Nordland einen solch riesigen Bedarf hätte und die Qualität der gelieferten Wärme den Produktionsbedürfnissen Nordlands entsprechen würde. Ist aber nicht so.

Für die Umwelt wäre die bessere Lösung, wenn Nordland wegen seines Strom- und Wärmebedarfs eine bedarfsgerechte KWK-Einheit bauen würde oder bauen lassen würde. Das geplante Kohlekraftwerk hat mit solcher angepasster Technik nichts zu tun.

Die Gemeinde legt auf eine Kooperation mit Nordland "gesteigerten Wert", aber dies wird nicht zur Bedingung gemacht. Wenn Nordland also abwinkt, ist für die Gemeinde das Kapitel Kraft-Wärme-Kopplung wohl einfach abgeschlossen.

Bedenken: Ein Kraftwerk mit 800-900 MW ist für die Versorgung des Emslandes völlig überdimensioniert.

Vorliegende Studien belegen, dass hier in der Region ein Ersatzbedarf an konventioneller Kraftwerksleistung besteht. Für das Land und die Region ist es zudem erforderlich, die vorhandenen und in Planung befindlichen Windkraftanlagen mit konventioneller Kraftwerksleistung zu sichern.

Die Größe des Kraftwerkes wird durch die auf dem Markt angebotenen Kraftwerkstypen bestimmt. Eine Kraftwerksgröße von 800-900 MW entspricht der gängiger Kraftwerkstypen.

So ein Kraftwerk braucht eine gewisse Größe, um wirtschaftlich betrieben werden zu können. Die Frage, wo der Strom letztlich auf dem Markt abgesetzt wird, kann heute natürlich nicht beantwortet werden. Sicher wird ein Investor hier auf die Gesetze des Marktes setzen. Die Gemeinde Dörpen ist nicht in der Position zu bestimmen, an wen der Strom verkauft wird und welche Größe von Kraftwerk gebaut wird.

Kommentar:

Gerade weil Kohlekraftwerke nur in diesen großen Einheiten kommerziell sinnvoll betrieben werden können, sind sie nicht mehr zu vertreten.

Die riesigen Mengen an Strom, die in unsrer Region durch die Windkraftanlagen, gerade auch durch die geplanten Offshore-Windanlagen in der Nordsee, erzeugt

werden, können hier nicht genutzt werden. Deshalb plant EON ja gerade neue Stromleitungen, die den Strom in Richtung Ruhrgebiet leiten. Ein Ersatzbedarf durch das Kohlekraftwerk besteht nicht.

Natürlich kann die Gemeinde nicht bestimmen, wohin der Strom verkauft wird. Aber die Gemeinde kann bestimmen, dass hier kein zusätzlicher Strom produziert wird, indem sie das Kraftwerk ablehnt.

Die Gemeinde kann noch mehr tun. Beispiele, wie das Bioenergiedorf Jühnde, aber auch die Gemeinde Vrees oder das Energieportal Papenburg zeigen, dass auf kommunaler Ebene einiges für eine effiziente Energienutzung getan werden kann, und dass dies den Bürgern durch eine umweltfreundliche und kostengünstige Energieversorgung zu gute kommt. Dazu wäre aber die Bereitschaft nötig, sich Gedanken zu machen, statt sich durch langfristige Lizenzverträge an Energiemonopolisten zu binden oder sich einem Großinvestor auszuliefern.

Bedenken: Warum wird nicht ein deutlich kleineres Gaskraftwerk gebaut?

Zutreffend ist, dass Gaskraftwerke für dieselbe erzeugte Strommenge weniger CO² freisetzen als Kohlekraftwerke. Mit dem Bau von Gaskraftwerken werden üblicherweise völlig andere strategische Ziele verfolgt. Gaskraftwerke werden in der Regel nicht als Grundlastkraftwerke eingesetzt. Für den Dauerbetrieb ist der Brennstoff Gas in der Regel viel zu teuer. Weil die Investitionskosten bei Gaskraftwerken im Verhältnis zu Kohlekraftwerken relativ gering sind und ein schnelles Hoch- und Runterfahren mit Gas technisch leichter möglich ist, sind Gaskraftwerke eher für den Spitzenlastausgleich wirtschaftlich und sinnvoll.

Für den Grundlastbetrieb eignen sich dagegen Kohlekraftwerke sehr viel besser. Die hohen Investitionskosten amortisieren sich über den geringeren Brennstoffpreis und die lange Betriebsdauer. Außerdem hat Kohle gegenüber Gas deutliche Vorteile hinsichtlich der Versorgungssicherheit. Bei Gas besteht über die Leitungsnetze eine Abhängigkeit von wenigen Anbietern. Kohle kann auf dem Weltmarkt überall eingekauft werden und ist somit wesentlich preisstabiler.

Da die Investoren hier ein Kraftwerk für den Grundlastbetrieb bauen wollen, kommt hier wirtschaftlich sinnvoll nur der Brennstoff Kohle in Frage. Außerdem eignet sich der Standort Dörpen wegen der Bahn- und Wasserstraßenanbindung besonders für ein Kohlekraftwerk.

Kommentar:

Es ist richtig, dass Kohlestrom billiger produziert werden kann, als Strom mit Gas. Doch für den Verbraucher spielt dies keine Rolle. Die letzten Stromtariferhöhungen wurden mit gestiegenen Preisen an der Strombörse gerechtfertigt. Die Strompreise an den Börsen werden vorwiegend von Spitzenlastkraftwerken bestimmt, die kurzfristig einspringen müssen, wenn andere nicht mehr ausreichend Strom liefern. Die Konzerne haben ihren Kohlestrom überteuert verkauft. Schön für sie – aber müssen wir dafür sorgen, dass sie diese Extraprofite bekommen?

Kohleverfeuerung verursacht zusätzliche Kosten für die Allgemeinheit. Der Abbau und die Verstromung der Kohle beschleunigen den Klimawandel, erzeugen messbare Gesundheits- und Umweltschäden und schwächen die Sozialsysteme. Diese "externen Kosten" belasten die deutsche Volkswirtschaft jährlich mit mehreren Milliarden Euro. Diese Kosten tauchen in der Stromrechnung nicht auf, aber jeder private Haushalt in Deutschland bezahlt sie über die Steuern mit. Die externen Kosten betragen bei Steinkohle 6,8 Cent pro Kilowattstunde. bei Gas

betragen sie 3,9 Cent/kWh, bei der Photovoltaik nur 0,8 Cent/kWh, bei der Windkraft gar nur 0,1 Cent/kWh.

Die Kohle soll aus Übersee z.B. aus Südafrika transportiert werden. Hierbei entstehen durch den Transport weitere klimaschädliche Gase. Der billige Rohstoff ist auch wegen der teilweise menschenunwürdigen Arbeitsverhältnisse billig, – auch auf den Schiffen. Hier zeigt sich wieder einmal das alte Schema der Ausbeutung der Entwicklungsländer durch Lieferung von Rohstoffen für die Veredlung in den Industrieländern.

Weil der Ausstieg aus der Kohleförderung in Deutschland beschlossene Sache ist, besteht hier in Zukunft eine völlige Abhängigkeit vom Weltmarkt.

Bedenken: Dörpen kassiert die „Kohle“ und bläst die Schadstoffe über den hohen Kühlturm in die Nachbargemeinden

Der Kühlturm benötigt die vorgegebene Höhe von 150 m nicht, um die Rauchgase möglichst weit zu verteilen, sondern um eine ausreichende Kühlung zu gewährleisten. Es ist zwar zutreffend, dass Luftströme nicht vor Gemeindegrenzen halt machen. Die Immissionen aus dem Kraftwerk werden sich daher nicht vollständig auf das Gemeindegebiet von Dörpen beschränken. Dafür sind die Nachbargemeinden schließlich auch in das Untersuchungsgebiet einbezogen worden. Nicht zutreffend ist jedoch, dass die Nachbargemeinden die Hauptlast tragen. Für alle bisher untersuchten Schadstoffgruppen ist nach den Voruntersuchungen festzustellen, dass das Immissionsmaximum im Nahbereich des Kraftwerkes und damit auf Dörpener Gebiet liegt. Dies gilt insbesondere für Staub und Quecksilber. Für alle Schadstoffe gilt, dass das Kriterium der Irrelevanz an allen Beurteilungspunkten außerhalb der Gemeinde Dörpen eingehalten ist. Besorgniserregende Umweltwirkungen sind in den Nachbargemeinden somit noch weniger zu befürchten als in Dörpen selbst. Trotzdem wurden auf den im Scoping-Termin geäußerten Wunsch von Vertretern verschiedener Nachbarkommunen weitere Messpunkte eingerichtet, um hier eine weitere Messsicherheit zu bekommen.

Die Sichtweise, dass nur Dörpen selbst von einer Ansiedlung profitiert, scheint uns sehr kurz gegriffen. Schon jetzt bieten die Betriebe im Dörpener Industriegebiet nicht nur Dörpener Bürgerinnen und Bürgern Arbeitsplätze. Das gesamte nördliche Emsland könnte von einem zusätzlichen Arbeitsplatzangebot profitieren. Außerdem sind durchaus auch Impulse für Industrie- und Gewerbeansiedlungen in Nachbargemeinden zu erwarten. Selbst mögliche Gewerbesteuererinnahmen würden nicht nur Dörpen zu Gute kommen. Über 75 % der Einnahmen würden über die Finanzausgleichssysteme an Samtgemeinde, Kreis und das Land weitergereicht.

Kommentar:

Sollte es so sein, dass die Emissionen gern an den Gemeindegrenzen Halt machen, wäre das sicher für die Nachbarn beruhigend. Schön ist es, dass die Gemeindeväter und die Betreiber jetzt doch in der Lage sind, dem Wind Einhalt zu gebieten, was sie weiter oben bei der Erörterung der Windkraftanlagen noch für unmöglich gehalten haben. Der Gesetzgeber ist sich dieser Fähigkeit des Gemeinderates nicht sicher und hat deshalb das zu untersuchende Gebiet auf einen etwas größeren Umkreis von 7,5 km um den Standort herum festgelegt. Es scheint auch fraglich, ob es die Dörpener beruhigen kann, dass das Quecksilber ausschließlich auf ihre Grundstücke fällt.

Bedenken: Großkonzerne verrechnen ihre Gewinne ohnehin so geschickt, dass mit Gewerbesteuerzahlungen nicht zu rechnen ist. Für die Gemeinde Dörpen bleiben nur die Belastungen.

Das Kraftwerk wird als eigenständige Gesellschaft nach deutschem Recht betrieben werden und ist damit hier in Dörpen steuerpflichtig. Wenn in Dörpen also Gewinne erwirtschaftet werden, sind diese auch in Dörpen zu versteuern.

Natürlich gibt es keine Garantie, dass jemals Gewerbesteuereinnahmen fließen werden. Die gibt es bei keiner Industrieansiedlung. Da die Energiebranche aber nicht unbedingt für wirtschaftliche Verluste bekannt ist, stehen die Chancen, in einigen Jahren über Gewerbesteuern am Unternehmenserfolg teilhaben zu können, nicht so schlecht. Im Übrigen sehen wir die direkte Erzielung von Gewerbesteuereinnahmen nicht als Hauptziel der Ansiedlung. Viel wichtiger ist die Schaffung von Arbeitsplätzen und damit die Sicherung einer wirtschaftlichen Grundlage für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Kommentar:

In der Planungsphase wird der Betreiber seinen Sitz in Dörpen sicher behalten. Aber in einer Zeit der Fusionen und feindlichen oder freundlichen Übernahmen davon auszugehen, dass diese Rechtskonstruktion dauerhaft ist, erscheint denn doch – blauäugig.

Für ein vages Versprechen opfert die Gemeinde die riesige Fläche von 35 ha Gewerbegebiet in bester Lage und begrenzt mit einem Mammutprojekt die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde. Schön wäre es auch zu erfahren, welche Vorleistungen die Gemeinde bzw. die Öffentliche Hand für die Ansiedlung des Projekts erbringen muss.

Bedenken: Den Investoren geht es einzig und allein darum, sich die Taschen voll zu machen.

Jedes private Unternehmen ist nur dann existenzfähig, wenn es auf die Erzielung von Gewinnen ausgerichtet ist. Insofern ist an der Absicht, Geld zu verdienen, zunächst nichts Verwerfliches. Wir wünschen uns für jedes Dörpener Unternehmen gute Geschäftsergebnisse. Die Gewinne unserer Unternehmen sind eine wichtige Basis für den Wohlstand in unserer Gemeinde und darüber hinaus.

Nur Unternehmen, die Geld verdienen, können ihren Mitarbeitern gute Löhne zahlen, können durch Investitionen die Wirtschaft stärken und dann vielleicht auch noch Steuern an die Gemeinde abführen.

Für dieses Projekt gilt, dass wir als Gemeinde darauf geachtet haben, mit einem finanzstarken Investor zusammen zu arbeiten, um die Sicherheit zu bekommen, dass ein solches Vorhaben nicht durch kurzfristige Optimierungsüberlegungen gefährdet wird. Mit der Entscheidung für einen namhaften ausländischen Investors tragen wir außerdem dazu bei, für mehr Vielfalt hinsichtlich der Anbieter auf dem Strommarkt zu sorgen.

Kommentar:

Die Vielfalt auf dem Strommarkt ist bekannt. Vier Großkonzerne kontrollieren den deutschen Markt und verfügen über 80 Prozent der Kraftwerkskapazitäten. Sie treiben die Netzkosten hoch, manipulieren die Strom- und Gaspreise und behindern die Einspeisung erneuerbarer Energien. Und einer dieser Konzerne ist auch an diesem Kraftwerk beteiligt.

Diese komfortable Stellung auf dem Strommarkt möchten die Konzerne behalten. Der umfassende Neubau von Großkraftwerken festigt die marktbeherrschende Stellung und erschwert den Umbau der Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien und hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung in dezentraler Struktur. Kommunale, genossenschaftliche und private Stromerzeugung durch viele dezentrale Anlagen nimmt den Konzernen ihre Profit Chancen.

Hier geht es nicht darum, dass ein Unternehmen natürlich Gewinne machen muss, um zu überleben. Hier geht es um die weitere Festigung eines Monopols. Und das auf Kosten des Klimaschutzes.

Das Profitstreben der Investoren geht aber auch auf Kosten der Gemeinde. Sie bindet ihre Entwicklungsmöglichkeiten an einen Großbetrieb und verschwendet ihre Ressourcen. Ob die Hoffnung auf einen Wohlstand für die Gemeinde durch dieses Unternehmen aufgeht vor dem Hintergrund der Verschleuderung bester Gewerbeflächen und der Gefährdung des aufkeimenden Tourismus ist mehr als fraglich.

Bedenken: Am Ende werden ohnehin weniger Arbeitsplätze geschaffen als angekündigt. Da vorwiegend Spezialisten gebraucht werden, kommen die Arbeitskräfte zudem von auswärts.

Es gibt durchaus Vergleichswerte von anderen Kraftwerken dieser Größenordnung. Die angegebenen Zahlen von 100 Arbeitsplätzen im Werk selbst und weiteren 100 in der Ver- und Entsorgung erscheinen danach sehr realistisch. Durch den Bau des Kraftwerkes selbst und durch Folgeinvestitionen im vor- und nachgelagerten Bereich rechnen wir zudem mit einem deutlichen Arbeitsplatzaufbau bei vorhandenen Dörpener Unternehmen und bei weiteren Neuansiedlungen.

Insgesamt können deutlich mehr als die angekündigten 200 Arbeitsplätze entstehen und das für eine Betriebszeit des Kraftwerkes von immerhin 40 Jahren.

Hinsichtlich des Anforderungsprofils für die entstehenden Arbeitsplätze kann davon ausgegangen werden, dass Arbeitskräfte unterschiedlichster Qualifizierung benötigt werden. Es ist allerdings zutreffend, dass zumindest im Werk selbst zu einem erheblichen Teil hoch qualifizierte Arbeitsplätze entstehen. Aber gerade das sollte auch unser Ziel sein. Derzeit haben wir doch eher das Problem, dass unsere gut ausgebildeten jungen Fachkräfte dem Emsland den Rücken kehren, weil keine ausreichend qualifizierten Stellen mit überdurchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Kommentar:

Die angegebenen Zahlen von 100 Arbeitsplätzen im Werk selbst und 100 in der Ver- und Entsorgung sind kläglich. 350 m² Gewerbefläche pro Arbeitsplatz ist eine stolze Zahl. 10 Millionen Euro pro Arbeitsplatz. Angesicht solcher Relationen kann das Arbeitsplatzargument nicht mehr wirklich ziehen. Mit solchen Ressourcen können andere besser Arbeitsplätze schaffen. Zumal das Geld ja von uns allen in Form unserer Stromrechnungen aufgebracht wird. Und wir investieren auch noch über unsere gezahlten Steuern in die erforderliche Infrastruktur.

Stellen wir uns vor, die vom Kraftwerk erzeugte Energie würde durch erneuerbare Energieträger erzeugt, müssen wir uns viele Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen erbaut von mittelständischen Unternehmen in den Gemeinden, in größeren Gebäuden oder Stallanlagen, vorstellen. Wir kennen die Bedeutung der Windenergie für den hiesigen Arbeitsmarkt. Photovoltaikanlagen auf zahlreichen Dächern und Biogasanlagen, die ihr Gas in ein öffentliches Gasnetz einspeisen, kommen hinzu. Bei all dem handelt es sich um modernste Technik, die qualifizierte Arbeitskräfte erfordert. Diese vielen Arbeitsplätze wären aber nicht bei einem Großbetrieb konzentriert, sondern verteilt bei den Handwerksbetrieben, bei den kommunalen Trägern oder dem sonstigen Mittelstand verteilt.

Das macht natürlich nicht so viel her, wie ein öffentlichkeitswirksamer Auftritt mit milliardenschweren Konzernvertretern bei der Eröffnung eines Großbetriebes.

Aber die gemeindlichen Ressourcen blieben erhalten für eine diversifizierte Gewerbestruktur, die nicht so anfällig gegen Krisen ist, wie eine solche monostrukturierte Ansiedlungspolitik.

Bedenken: Die durch das Kraftwerk entstehenden Arbeitsplätze gehen im Tourismus wieder verloren.

Erfahrungen anderer ländlicher Kommunen belegen, dass mit einem Rückgang des Tourismus nicht zu rechnen ist. In Lingen z. B. ist das touristische Zentrum Hannekenfähr erfolgreich direkt im Umfeld des Kernkraftwerkes etabliert worden. Es gibt sogar Kommunen, die Kraftwerke in ihr Tourismuskonzept einbauen und damit werben. Das Dörpener Industriegebiet ist schon jetzt durch große Industrieanlagen stark geprägt. Da das Industriegebiet durch die B70 von der Wohnbebauung und den touristischen Einrichtungen getrennt ist, hat das bisher kaum jemanden gestört. Über die Ästhetik eines Kraftwerkes kann man sicher streiten. Aufgrund der städteplanerischen Trennung zwischen Industrie- und Wohngebiet ist aber mit negativen Folgen für den Tourismus nicht zu rechnen. Wer sich die Entwicklung von Industrie und Tourismus in Dörpen betrachtet, sollte Ursache und Wirkung nicht verwechseln. Seit 1967 ist Dörpen durch die Ansiedlung der Papierfabrik als Industriestandort fest etabliert. Erst die finanziellen Möglichkeiten, die uns die Industrie eröffnet hat, haben uns in die Lage versetzt, eine attraktive touristische Infrastruktur in Dörpen aufzubauen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich Industrie und Tourismus nicht ausschließen müssen. Das muss auch in Zukunft nicht so sein. Wir werden auch weiterhin den Tourismus in Dörpen ausbauen.

Kommentar:

Der riesige Kühlturm wird vielen Touristen, die hier eine intakte Umwelt suchen, zeigen, dass dies nicht mehr so ist. Das Kraftwerk wird nicht nur optisch nicht unbemerkt bleiben. Der Verkehr wird nicht auf die Schiffe zur Anlieferung der Kohle beschränkt bleiben. Der Abtransport der Abfallstoffe wird mit LKW erfolgen. Die negativen Folgen des Verkehrs, das Wissen um die Emissionen des Kraftwerks in Verbindung mit der sich noch verstärkenden Feinstaubbelastung aus dem ungebremsten Ausbau von Großmastanlagen könnten alle bisherigen Erfolge der Tourismuswerbung zunichte machen.

Ein gewisses Maß an Industrie wird jeder Tourist akzeptieren. Eine Industrieskyline mit einer tatsächlichen Luftbelastung ist da schon etwas anderes. Der Kühlturm könnte ein Symbol werden. Die schwarze Industrie könnte der weißen Industrie, in die so Viele Geld und Ideen investiert haben, den Garaus machen. Auch wenn es zu verschmerzen wäre, wenn die Leher Pünke wegen der Kohleschiffe etwas länger warten muss, wenn sie den Dortmund-Ems-Kanal überqueren will – das Kraftwerk gar zu einem Vorteil zu verklären im Konkurrenzkampf mit anderen Tourismusregionen, ist doch etwas dreist.

Bedenken: Der Wert der Immobilien in Dörpen und Umgebung wird sinken.

Eher das Gegenteil ist zu erwarten. Wenn in Dörpen weitere Arbeitsplätze entstehen, wird zwangsläufig auch die Nachfrage nach Baugrundstücken und Gebrauchtimmobilien steigen. Als Folge der erhöhten Nachfrage werden grundsätzlich auch die Preise eher steigen.

Was öffentlich zur Verfügung gestelltes Bauland betrifft, werden wir natürlich als Gemeinde unsere Möglichkeiten, gegenzusteuern, nutzen. Es muss daher auch niemand die Befürchtung haben, in Dörpen bald kein Baugrundstück mehr bezahlen zu können.

Kommentar:

Hier handelt es sich um reine Spekulation. Die prophezeite Arbeitsplatzentwicklung wird es nicht geben. Ob die kleineren Wohneinheiten, die bisher vor allem von Senioren als Alterssitze gekauft und gebaut wurden, ihren Wert behalten, könnte analog zur Entwicklung im Tourismus fraglich sein.

Bedenken: Es wird nicht umfassend und detailliert über das Projekt informiert.

Die Gemeinde hat mit dem Investor verabredet, dass über das Projekt und die Fortschritte zeitnah und umfassend informiert wird. Zurzeit laufen die für das Genehmigungsverfahren erforderlichen Voruntersuchungen.

Verschiedene Themen, wie z.B. die Brennstoffversorgung, Logistikkonzept, Ausschreibung der Kraftwerkskomponenten etc. werden bearbeitet. In diesem Bearbeitungsstadium liegen naturgemäß keine verbindlichen und endgültigen Zahlen vor.

Gleichwohl werden die Gemeinde und der Investor die Bürgerinnen und Bürger über die Medien zeitnah über die Entwicklung im Projekt informieren.

Kommentar:

Möge es so sein! Dennoch lässt diese vorliegende unbedingte Verteidigungsschrift für das Kohlekraftwerk daran zweifeln, dass die Gemeinde die Öffentlichkeit jemals an für das Projekt ungünstige Erkenntnisse teilhaben lässt.

Es wird an keiner Stelle sichtbar, wo die Schmerzgrenze für die Gemeinde überschritten würde und unter welchen Bedingungen die Gemeindevertreter dem Vorhaben eine Absage erteilen würden. Es bleibt trotz gegenteiliger Beteuerung der Eindruck "Für die Gemeindevertreter sind die Würfel gefallen".